

Positionspapier

"Die Wärmestrategie der Staatsregierung – Top oder Flop?"



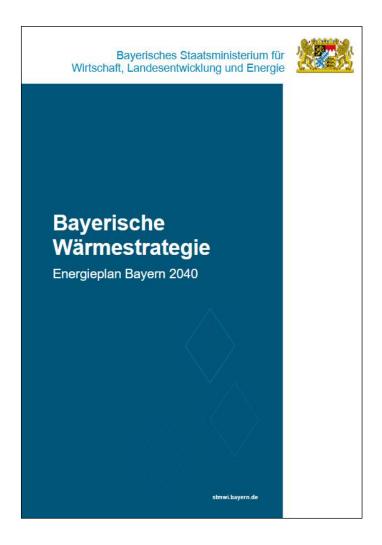
Inhalt

1.	Energieplan Bayern – Wärmestrategie	Seite	3
1.1	Zusammenfassung	Seite	4
2.	Presse Ausgewählte Artikel zur verabschiedeten Bayerischen Wärmestrategie	Seite	6
3.	Wärmewende – Die Königsdisziplin der Energiewende	Seite	8
3.1	Die kommunale Wärmeplanung	Seite	9
4.	Geothermie - unsere Position	Seite	13



1. Energieplan Bayern - Wärmestrategie

Die Bayerische Wärmestrategie ist Teil des Energieplans Bayern 2040. Als energiepolitisches Gesamtkonzept zeigt er auf, wie die Bayerische Staatsregierung im Bereich der Energieversorgung das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 erreichen will.



https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/ Energieplan_Bayern_2040__W%C3%A4rmestrategie_2024-10-18.pdf



1.1 Zusammenfassung

Am 22. Oktober 2024 wurde die Bayerische Wärmestrategie mit dem Energieplan Bayern 2040 im Ministerrat vorgestellt. Die Wärmestrategie ist die vierte von fünf Teilstrategien zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Energieplans Bayern 2040.

Ziel dabei ist, im Gebäudebereich fossile Energieträger schrittweise durch erneuerbare Energien zu ersetzen. "Rund ein Drittel des Endenergieverbrauchs in Deutschland wird für Raumwärme und Warmwasser aufgewendet. In Bayern kommt bereits etwa ein Viertel dafür aus erneuerbaren Energien. Darauf können wir bei der Wärmewende im Freistaat aufbauen", erklärte Staatsminister Hubert Aiwanger.

Die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte der Bayerischen Wärmestrategie im Überblick:

✓ Einsatz für bessere Rahmenbedingungen auf Bundes- und EU-Fhene

Die Umsetzung der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) soll ohne nationale Zusatzanforderungen erfolgen. Das Energieeffizienzgesetz (EnEfG) und Gebäudeenergiegesetz (GEG) werden in der aktuellen Fassung abgelehnt.

✓ Stilllegung des Gasnetzes auf Bundesebene verhindern

Bayern wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf Verteilnetzebene entsprechend des Gasnetzgebietstransformationsplans eine rasche und nachhaltige Wasserstoffwende auch vom Bund erkannt und realisiert wird. Eine Stilllegung dieser wertvollen Infrastruktur darf nicht erfolgen.

✓ Tiefengeothermie

Bayern ist schon jetzt deutschlandweit führend und plant, bis 2050 etwa 25 Prozent der Gebäudeheizung aus Geothermie zu decken.

✓ Biomasse und erneuerbare Energien

Das Förderprogramm BioWärme Bayern unterstützt Biomasseheizwerke und Wärmenetze, besonders in Kombination mit Solarenergie, Umweltwärme und Abwärme.

✓ Biomethan

Seit April 2024 fördert das Programm BioMeth Bayern Biogasaufbereitungsanlagen und Biomethanleitungen als klimafreundliche Erdgas-Alternative.



✓ Wasserstoffinfrastruktur

Das Bayerische Elektrolyseurförderprogramm unterstützt den Aufbau einer erneuerbaren Wasserstoffproduktion, u.a. zur Nutzung im Wärmesektor. Das Pilotprojekt "H2 Direkt" in Hohenwart erprobt bereits die Umrüstung des Erdgasnetzes auf 100 Prozent Wasserstoff.

√ Förderung der Wärmeenergie

Das Bayerische Energieforschungsprogramm stärkt die Innovationskraft bayerischer Unternehmen im Wärmeenergiebereich.

✓ Kommunale Wärmeplanung

Das Wirtschaftsministerium bietet Hilfestellungen für Kommunen, einschließlich rechtlicher Vereinfachungen und Schulungen für kleinere Kommunen.

√ Holzenergie

Mit dem Pakt Holzenergie Bayern setzt die Staatsregierung auf die nachhaltige Nutzung der Holzenergie im Rahmen der Wärmewende.



2. Presse

Ausgewählte Artikel zur verabschiedeten Bayerischen Wärmestrategie

1) BR 24, 22.10.2024

Aiwangers Wärmestrategie lässt Fragen offen

Wie schafft es Bayern, die Heizungen bis 2040 klimaneutral zu machen, wie es das Klimaschutzgesetz der Staatsregierung vorsieht? Dazu hat Aiwangers Wirtschaftsministerium eine "Wärmestrategie" vorgelegt. Sie lässt Fragen offen. Eine Analyse.

https://www.br.de/nachrichten/bayern/aiwangers-waermestrategie-laesst-fragen-offen,URwiHY6

2) SZ, 22.10.2024

Aiwanger setzt in Wärmekonzept auch auf Holz und Wasserstoff

Das Wirtschaftsministerium hat seine lange angekündigte Wärmestrategie vorgelegt. Ob das Papier den Kritikern ausreicht?

https://www.sueddeutsche.de/bayern/energiepolitik-aiwanger-setzt-in-waermekonzept-auch-auf-holz-und-wasserstoff-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-241022-930-267306



3) Solarserver, 24.10.2024

In der bayerischen Wärmestrategie fehlen weitgehend konkrete Ziel. Dafür will das Bundesland die Gasnetzinfrastrukur weiter nutzen und setzt somit stark auf Wasserstoff und Biomethan.

"Die so genannte Wärmestrategie des bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger klingt absurd. Zwar betont die Strategie die Bedeutung von Bezahlbarkeit, Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit. Doch unter dem Deckmantel der 'Technologieoffenheit' werden teure Scheinlösungen wie Wasserstoff und Biomethan beworben", sagt Till Irmisch, Referent für kommunalen Klimaschutz am Umweltinstitut München. "Für die Bürger:innen kann das schnell zur Kostenfalle werden."

https://www.solarserver.de/2024/10/24/bayerische-waermestrategie-fokussiert-auf-wasserstoff-und-biomethan/

4) BR 24, 15.11.2024

Söder stellt eigenes Klimaziel infrage: Kritik auch in Koalition

Schneller als Deutschland will Bayern sein: klimaneutral bis 2040. Zweifel von Minister Aiwanger wischte die CSU noch vor kurzem beiseite. Jetzt stellt Ministerpräsident Söder selbst das Ziel infrage. Kritik kommt aus Opposition und Koalition.

https://www.br.de/nachrichten/bayern/soeder-stellt-eignes-klimaziel-in-frage-kritik-auch-in-koalition,UU1bp0w



3. Wärmewende - Die Königsdisziplin der Energiewende

Die Zeit drängt: Für die Dekarbonisierung des Wärmesektors bleiben nur wenige Jahre. Damit alle Räder ineinandergreifen, müssen gesetzliche Rahmenbedingungen, Förderung und Kontinuität konsequent aufeinander abgestimmt werden. Nur so kann die Wärmewende erfolgreich vorangebracht und Deutschland seinem Ziel der Klimaneutralität nähergebracht werden.

Jetzt gilt es die Pläne rasch in die Praxis umzusetzen. Dazu braucht es vorrangig drei Maßnahmen:

√ Förderung anpassen

Förderprogramme, Gesetze und Verordnungen sollten einem "Wärmewende-Check" unterzogen und aufeinander abgestimmt werden.

✓ Ein konsistentes Wärmepaket

Eine höhere BEW-Förderung, eine überarbeitete Fernwärmeverordnung und eine praxistaugliche Wärmelieferverordnung sind unverzichtbar.

✓ Kontinuität statt Unsicherheit

Gesetzliche Vorschriften dürfen nicht ständig geändert werden, um allen Beteiligten Planungs- und Investitionssicherheit zu geben.



3.1 Die kommunale Wärmeplanung

Der Begriff "kommunale Wärmeplanung" bezeichnet ein zentrales Element der deutschen Klimapolitik: Sie verpflichtet Kommunen, Wärmepläne zu erstellen, die festlegen, welche Technologien und Energieträger für die jeweilige Region geeignet sind.

Im Jahr 2022 stammten fast 40 Prozent aller Emissionen aus der Strom- und Wärmeerzeugung. Um die deutschen Klimaziele zu erreichen, muss daher auch der Wärmesektor dekarbonisiert werden. Damit diese Mammutaufgabe gelingt, müssen die Länder Pläne erstellen, um Investitions- und Planungssicherheit für Hauseigentümer, Unternehmen und Kommunen zu schaffen. Das ist auch deshalb notwendig, weil das Gebäudeenergiegesetz (GEG) für neu eingebaute Heizungen einen Anteil von 65 Prozent Erneuerbare Energien vorsieht.

Bis spätestens 2028 müssen alle deutschen Kommunen ihre Wärmeplanung vorgelegt haben. Einige Bundesländer sind schon recht erfolgreich mit ihrer Wärmeplanung – woanders kommen die Planungen ins Stocken.

"In einigen Bundesländern sei man damit schon recht erfolgreich, rund ein Drittel aller Kommunen habe bereits damit begonnen. Als besonders vorbildlich gilt Baden-Württemberg, wo bereits 13 Prozent der Kommunen ihre Planungen abgeschlossen haben. Doch längst nicht alle sind so weit: In Thüringen, Sachsen und Bayern haben erst weniger als ein Fünftel aller Kommunen überhaupt mit der Wärmeplanung begonnen. Für den schleppenden Start der Wärmeplanung gibt es mehrere Gründe." (Quelle: Focus Online 15.1.2025)

Der Unterschied zwischen den einzelnen Bundesländern lässt sich zum Teil darauf zurückführen, dass einige Länder früher dran waren. In Bayern war zum Beispiel bis Ende 2024 die Wärmeplanung laut Landesgesetz gar nicht verpflichtend.



Kleine Kommunen haben's schwer.

Vor allem größere Kommunen - solche mit mehr als 500.000 Einwohnern - sind zuversichtlich, die Fristen bis 2026 einzuhalten. Dazu gehört zum Beispiel München, wo der Stadtrat laut BR24 neben dem Wärmeplan auch bereits die Lage der künftigen Fernwärmenetze festgelegt hat.

Im Gegensatz dazu stehen besonders kleine Kommunen mit weniger als 5000 Einwohnern: Hier sind die Zweifel, die Planungen rechtzeitig abzuschließen, besonders groß. Betroffen sind vor allem Kommunen im ländlichen Raum: Je kleiner die Stadt oder das Dorf, desto höher die Kosten.

Im Gegensatz zu Großstädten kann in Kleinstädten und Dörfern oft nicht auf mehr Personal, Geld oder vorhandene Infrastruktur zurückgegriffen werden.

Wenig Fördergelder für Milliardeninvestitionen

Zudem müssen die Kommunen den notwendigen Ausbau der Infrastruktur finanzieren. Dabei geht es nicht nur um den Bau neuer Wärmenetze, zum Beispiel für Fernwärme, sondern auch um die Aufrüstung bestehender Gasnetze für Wasserstoff - also um sehr teure und aufwändige Verfahren.

Bürokratischer Aufwand

Die Herausforderungen werden mit dem bürokratischen Aufwand noch höher: Planen und Bauen sind bekanntlich ohnehin ein bürokratischer Alptraum, hinzu kommen die Fördermittel, die fast alle Kommunen beantragen müssen - was wiederum Personal erfordert.

Die Herausforderungen für Bayern

Im Bereich der Wärmewende steht auch Bayern vor enormen Herausforderungen: In 15 Jahren sollen alle Gebäude in Bayern klimaneutral sein.

Die Kommunen sind die wichtigsten Akteure für eine erfolgreiche Wärmewende. Sie kennen die lokalen Gegebenheiten und ihre Verwaltungen sind nah an den Menschen.



Was ist dafür zu tun?

a) Rechtssicherheit für alle bayerischen Kommunen herstellen

Am 1. Januar 2024 ist das Gesetz für Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (WPG) in Kraft getreten. Damit wurden die gesetzlichen Grundlagen für eine verbindliche und systematische Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung geschaffen. Alle Städte und Gemeinden müssen in den nächsten drei Jahren eine kommunale Wärmeplanung durchführen. Die Wärmepläne untersuchen grundsätzlich für jeden Ortsteil und jeden Straßenzug, welche Möglichkeiten sich Hausbesitzer künftig eröffnen, ihr Haus klimafreundlich zu beheizen. Sie bieten Orientierung und sind Grundlage für milliardenschwere Investitionen in die Wärmeinfrastruktur.

Verfassungsrechtlich ist eine direkte Übertragung von Aufgaben durch den Bund an die Kommunen nicht möglich. Deshalb werden mit dem WPG die Länder verpflichtet sicherzustellen, dass eine kommunale Wärmeplanung erstellt wird.

In einem Flächenland wie Bayern ist eine zentrale Durchführung jedoch nicht sachgerecht. Hierzu fehlen dem Freistaat die nötigen Kenntnisse der konkreten Voraussetzungen in den Städten und Gemeinden. Die Wärmeplanung soll nicht von oben herab erstellt werden, sondern von und mit den örtlichen Akteuren. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber im WPG die Kommunen bereits als Adressaten der Wärmeplanung vorgesehen.

Der Freistaat hat dies aufgegriffen und die Kommunen als planungsverantwortliche Stellen der Wärmeplanung benannt. Die dafür erforderlichen gesetzlichen Regelungen in Bayern wurden in die Verordnung zur "Ausführung energiewirtschaftlicher Vorschriften" aufgenommen und am 18. Dezember 2024 im Kabinett beschlossen. Sie sind nun endlich am 2. Januar 2025 in Kraft getreten.

b) Investitionen wirkungsvoll unterstützen

Viele Städte und Gemeinden kämpfen mit einer prekären Haushaltssituation. Da fehlt es oft an Geld, Schulen oder Kindergärten energetisch zu sanieren oder Wärmenetze auszubauen. Aber alle wissen, dass sich Investitionen in eine klimaneutrale Wärmeversorgung auf lange Sicht rechnen: Weniger Ausgaben für Öl und Gas bedeuten mehr Geld für Schwimmbäder, Busse und Kultur. Kreditaufnahmen für diese Investitionen sollen deshalb von der gewohnten Überprüfung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen ausgenommen werden.



c) Eigenkapitalfinanzierungsfonds

Die Investitionen für eine landesweite klimaneutrale Wärmeversorgung müssen in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Wenn große institutionelle Anleger wie beispielsweise Versicherungen, Pensionskassen oder andere Fondsgesellschaften ihr Kapital in den Wärmebereich fließen lassen und der Freistaat für eine sichere Rendite bürgt, bedeutet das automatisch, dass sich Stadtwerke und kommunale Eigenbetriebe zu unschlagbar günstigen Konditionen Mittel für Investitionen in die nötige Infrastruktur sichern können.

d) Energetische Sanierung

Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird. Die geopolitische Lage spitzt sich zu und egal in welche Richtung wir schauen, die Abhängigkeit von amerikanischem Flüssiggas genauso wie von Öl aus dem Nahen Osten macht uns erpressbar und bedroht unsere freiheitliche Grundordnung. Und weil die Baubranche momentan ohnehin kriselt, müsste doch nichts näher liegen, als die Anstrengungen bei der energetischen Sanierung unserer Gebäude zu vervielfachen. Und das schaffen wir durch eine planungssichere Ausweitung von finanziellen Anreizen.

e) Förderung der Geothermie

Der Wärmebereich ist für die Söder-Regierung das Stiefkind der Energiewende. Ganz anders in Baden-Württemberg: Dort hat die Landesregierung einen mehrmonatigen Wärmegipfel mit allen relevanten Akteuren durchgeführt. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung haben alle Player dargelegt, welchen Beitrag sie zur Wärmewende leisten. Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt und einer verantwortungsbewussten Regierung kommt die Aufgabe zu, unterschiedliche Interessen auszugleichen.



4. Gothermie - unsere Position

Der Wärmesektor und die Beheizungsstrukturen in Deutschland sind äußerst divers. Gebäude stellen aus energetischer Sicht eine Einheit von Wärmeversorgung und Gebäudehülle dar. Hinzu kommen Gebäudealter, Größe, Sanierungsgrad sowie die Nutzungsarten, die individuelle Lebenssituation der Bewohner, die lokalen und regionalen Gegebenheiten und viele weitere Faktoren.

Zwar ist der Wärmemarkt schon in Bewegung, aber um all seine Herausforderungen zu bewältigen, muss die Veränderung am Wärmemarkt noch deutlich an Dynamik gewinnen.

Wir brauchen die Wärmewende. Wir brauchen die grüne Wärmewende.

Als Alternative zu fossilen Energieträgern und somit zur Umsetzung der Wärmewende stehen hauptsächlich drei erneuerbare Energieträger zur Verfügung: Geothermie, Solarthermie und Biomasse.

Die Geothermie ist im Gegensatz zu den beiden weiteren Energieträgern unabhängig von Wetterbedingungen und hat einen geringen Flächenbedarf. Sie sollte als fester Bestandteil für die Bereitstellung der Wärmegrundlast ganzjährig eingeplant werden.

Was ist Geothermie und was kann sie leisten?

- ✓ Geothermie ist grundlastfähig im Gegensatz zu Sonnen- und Windenergie
- ✓ Geothermie ist nutzbar von 30 bis 150 Grad Celsius
- ✓ Geothermie schafft eine lokale Vernetzung von Nah- und Fernwärmenetzen
- ✓ Geothermie leistet einen wertvollen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz – frei von CO2, Stickoxyd und Feinstaub
- ✓ Geothermie hat einen geringen Flächenbedarf und sorgt so für eine geringe Oberflächenversiegelung
- ✓ Geothermie ist heimische Energie unabhängig von Importen
- ✓ Geothermie ist Arbeitsplatzmotor für Fachkräfte



Vertreten durch unser WÄRMEWENDE durch GEOTHERMIE-Mitglied, der Erdwärme Grünwald, haben wir bei der 23. Sitzung am 6. Februar 2025 im "Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung" klar Stellung bezogen.

Unsere Position zur Frage "Welche landespolitischen Maßnahmen müssen jetzt ergriffen werden, um die Ausbauziele der Staatsregierung bezüglich der tiefen Geothermie zu erreichen und die oberflächennahe Geothermie zu stärken?" haben wir mit nachfolgenden Argumenten präsentiert.

Wir brauchen nicht nur eine Energie-, sondern auch eine Wärmewende.

Die Bayerische Wärmestrategie ist Teil des Energieplans Bayern 2040. Als energiepolitisches Gesamtkonzept zeigt er auf, wie die Bayerische Staatsregierung im Bereich der Energieversorgung das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 erreichen will.

Im Bereich Tiefengeothermie ist Bayern schon jetzt deutschlandweit führend. Bis 2050 plant die Staatsregierung, dass etwa 25 % der Gebäudeheizung aus Geothermie gedeckt werden können.

Ein Gutachten der Technischen Universität München besagt jedoch, dass in Bayern bis zu 40 Prozent des Wärmebedarfs mittels Geothermie gedeckt werden könnte. Vor allem die Erdschichten in Südbayern bieten ideale Bedingungen.

Zu den immensen Mengen an fossilen Brennstoffen, die bis vor kurzem vor allem aus Russland bezogen wurden, um das Heizen von Gebäuden, Warmwasser und sogenannte Prozesswärme in der Industrie bereitstellen zu können, gibt es Alternativen. Und zwar in der Geothermie – der Erdwärme also, die durch Bohrungen in die tiefergelegenen Schichten der Erde angezapft werden kann.

Als Tiefengeothermie oder tiefe Geothermie wird die Nutzung der Erdwärme aus einem Bereich von 400 bis 5.000 Metern bezeichnet. In diesen Schichten herrschen Temperaturen von über 20 Grad Celsius. Ab Tiefen von über 1.000 Metern können sogar Temperaturen von über 60 Grad Celsius nutzbar gemacht werden.

Laut dem Gutachten der TUM-Wissenschaftler sei das Potenzial für die Nutzung dieser nachhaltigen und dauerhaften Wärmequellen in Bayern sehr groß. Die tiefe Geothermie könnte um ein Vielfaches stärker genutzt werden, als das bisher der Fall ist. Insbesondere für die Versorgung von Gemeinden und Industrieanlagen könnte die Erdwärme einen massiven Schritt in Richtung Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit darstellen.



Das Bayerische Molassebecken ist gut erforscht und die Potenziale sind bekannt. Mit der heute schon entwickelten und genutzten Technik könnte dieses Potenzial ausgeschöpft werden. Rund "500 Förder- und Injektionsbohrungen" wären dafür notwendig.

Für eine Versorgung von 40 Prozent des Wärmebedarfs in Bayern sind die notwendigen Bohrungen in der Praxis allerdings nur schwer umsetzbar. Denn der Bau von Geothermie-Anlagen und Verbundleitungen ist mit hohen Kosten verbunden.

Das Ziel der Staatsregierung zumindest bis 2050 ein Viertel der Wärme mittels Geothermie zu gewinnen, wird ohne Förderungen nicht erreichbar sein. Derzeit sind nur zehn Millionen Euro zur Förderung der Geothermie für 2025 vorgesehen. Das ist nicht einmal genug, um ein einziges Geothermie-Projekt umzusetzen. Die Gesamtinvestition für rund 100 Anlagen beträgt nach derzeitigen Schätzungen ca. 10 Milliarden Euro.



Wir brauchen ein klares Bekenntnis ...

Wir brauchen endlich ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zum umfassenden Einstieg in die Geothermie als Vertrauens- und Investitionsgrundlage für die Bevölkerung, die Kommunen und die Geothermie-Branche.

... ein klares Bekenntnis zur Finanzierung

✓ Der Freistaat muss die Geothermie / Tiefengeothermie f\u00f6rdern.

Knapp 300 Millionen Euro Fördergeld hat der Freistaat seit 2018 in erneuerbare Energien gesteckt. Von den rund 295 Millionen Euro staatlichen Fördergeldern für Investitionen in die Energiewende flossen in den vergangenen sechs Jahren nur 1,7 Millionen in die Windkraft und nicht mal eine Million Euro in die Geothermie. Dagegen gingen 191 Millionen Euro und damit der größte Anteil in Wasserstoffprojekte. Die restlichen knapp 102 Millionen Euro investierte der Freistaat in Solarprojekte, davon ein Großteil in ein längst eingestelltes Batteriespeicherprogramm.

✓ Der Freistaat muss das BEW-Förderprogramm ergänzen.

Das BEW-Förderprogramm ist gut und vor allem für Bayern wichtig, da hier bundesweit die meisten projektreifen Tiefengeothermie-Projekte stattfinden. Dennoch braucht es weitere regionale Förderungen. Vor allem die äußerst kapitalintensiven Maßnahmen zur Einspeisung von Geothermie-Wärme in vorhandene Fernwärmenetze bedarf einer eigenen Förderung. Hier reicht die Bundesförderung nicht aus, um die Geothermie wirtschaftlich darzustellen.

 Der Freistaat muss Finanzierungsinstrumente für Kommunen entwickeln.

Investitionen in Wärmegesetze, Geothermie und Wärmespeicher sind langfristige Investitionen, die auch langfristig finanziert werden müssen – mit Tilgungslaufzeiten von mindestens 30 Jahren. Die Kredithöhen der Förderprogramme sind viel zu gering, ein Finanzierungsfond über 60 Mrd. Euro auf 20 Jahre muss eingerichtet werden.

Mit der KFW sind die Gespräche bereits abgeschlossen. Die Verabschiedung im Rahmen des Bundeshaushalts steht noch aus.



Mit der LfA-Förderbank laufen bereits vielfältige Gespräche, die zu wirksamen Bürgschaften für die Bayerischen Kommunen weiterentwickelt werden müssen. Sie könnten die Lücke zwischen dem BEW-Förderprogramm und einer KFW-Förderung jeweils in Höhe von 40 % schließen.

... ein klares Bekenntnis zum Abbau von bürokratischen Hürden

✓ Die Standardisierung von Prozessen muss schnellstmöglich erfolgen.

Derzeit nehmen Standard-Anträge, die seit Jahren erprobt sind, Genehmigungszeiten von mindestens acht Monaten ein. Um die Wärmewende zum Erfolg zu führen, müssen Zulassungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Die Standardisierung der Prüfung von Zulassungsanforderungen insbesondere beim Einsatz etablierter Technologien und bekannter Stoffe kann so auf eine aufwändige Einzelfallprüfung verzichtet werden.

... ein klares Bekenntnis zur Digitalisierung

✓ Der Freistaat muss die Digitalisierungsoffensive starten.

Nur durch konsequente Digitalisierung und Personalumschichtung innerhalb der Behörden können die notwendigen Genehmigungsziele erreicht werden.

... ein klares Bekenntnis zu "Bavarian-Pump"

 Die Wärmewende ist ein Wachstumsmotor par excellence – besonders für die bayerische Bauwirtschaft.

Der Umbau der Energieinfrastruktur ist volkswirtschaftlich sinnvoll und geboten. Derzeit sind wir allerdings von Herstellen aus den USA abhängig. Ein bayerisches Forschungs- und Entwicklungsprojekt zur "Bavarian Pump" würde uns unabhängiger machen und den Wirtschaftsstandort Bayern bestätigen.

Qualifizierte Fachkräfte

In diesem Zusammenhang sollten Angebote zu akademischen Berufen und vor allem Ausbildungsberufen weiter ausgebaut werden. Die zunehmende Erschließung von geothermalen Quellen und deren Nutzung und Einbindung in Wärmenetze erfordert eine große Menge an qualifizierten Fachkräften entlang der gesamten Wertschöpfungskette.



So werden künftig sowohl akademische Mitarbeiter als auch handwerkliches Fachpersonal, die für den Betrieb von Anlagen bis hin zur Organisation innerhalb kommunaler Strukturen gesucht werden. Ein entsprechender Ressourcenmangel würde zu weiteren Verzögerungen bei allen Projektbausteinen entlang der Lieferkette führen.

... ein klares Bekenntnis zur interkommunalen Zusammenarbeit

✓ Die interkommunale Zusammenarbeit bei der Nutzung von Geothermie birgt ein erhebliches Potenzial für eine wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Wärmeversorgung.

Wärmenetzinfrastrukturen, die in vielen Städten bereits vorhanden sind, bilden die Grundlage für die Wärmewende. Für die Einspeisung von Wärme aus Geothermie-Anlagen können bestehende Wärmenetze genutzt werden, insbesondere dann, wenn die neu entstehenden Anlagen in räumlicher Nähe zu den bisherigen entstehen.

Die Beseitigung bestehender Hindernisse erfordert jedoch klare Rahmenbedingungen, transparente Strukturen und den (kommunalpolitischen Willen zur Kooperation.

Alle bis dato auf den Weg gebrachten Maßnahmen für die Tiefengeothermie, wie z.B. die Koordinierungsstelle Tiefengeothermie, die Fortführung und Stärkung der Geothermie Allianz Bayern (GAB), die seismische Risikominimierung, das Reservoir Management, die Fündigkeitsrisikoversicherung und noch einige mehr, bilden eine gute Grundlage. Dennoch brauchen wir bei allen zuvor genannten Punkten Planungssicherheit – sowohl Kommunen als auch Unternehmen. Denn nur so führen wir die Wärmewende auch zum Erfolg.